

## Grüner Strom auf schwarzer Erde

FAZ, 23.01.2022, Sebastian Balzter, Marcus Theurer

<https://zeitung.faz.net/fas/wirtschaft/2022-01-23/2c7d92cb5b34e1327b0ad202a99de216/?GEPC=s3>

Die Klimawende braucht riesige Flächen. Investoren wollen sogar auf Deutschlands fruchtbarstem Boden Strom statt Getreide ernten.

Was die neue Bundesregierung in den nächsten Jahren mit Deutschland vorhat, kann man poetisch ausdrücken. „Das Antlitz des Landes wird sich verändern“, hat Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen im Gespräch mit der F.A.S. angekündigt. Man kann die Sache aber auch etwas weniger blumig beschreiben. Bagger werden rollen, Presslufthämmer werden dröhnen. Wo jetzt Felder, Wiesen und Weiden sind, gilt es Gräben auszuheben, Leitungen zu verlegen, tonnenweise Beton und Stahl zu verbauen. Irgendwo muss die viele erneuerbare Energie ja erzeugt werden, die für die Klimawende nötig ist.

Vor allem für die Photovoltaik hat sich die Koalition ehrgeizige Ausbauziele gesetzt, sie soll der wichtigste Baustein werden für den Jahrhundertumbau der deutschen Stromerzeugung. Schon jetzt ist klar, dass dafür auf Hausdächern nicht genug Platz sein wird. Wälder, Moore und Ödland stehen häufig unter Naturschutz oder beherbergen zumindest viele seltene Tiere oder Pflanzen. Folglich müssen für den Solarstrom große Flächen her, die jetzt noch von Landwirten bestellt werden.

### *Auf der Suche nach geeigneten Flächen für Solarparks*

Wirtschaftsminister Habeck will die installierte Leistung der Solarenergie bis 2030 von 60 auf 200 Gigawatt mehr als verdreifachen. Sie soll damit deutlich stärker ausgebaut werden als die Windenergie – auch weil der Widerstand in der Bevölkerung gegen die turmhohen Windräder vielerorts groß ist. Rund die Hälfte des Photovoltaik-Zubaus wird nicht auf Fabrik- und Hausdächern, sondern durch die „Freiflächen-Photovoltaik“ auf dem flachen Land gestemmt werden müssen, sagen Fachleute. Überall in Deutschland sind deshalb jetzt Investoren, Energieversorger und Projektentwickler auf der Suche nach geeigneten Flächen für diese Solarparks. Sie umgarnen Landbesitzer und Bürgermeister mit ihren Angeboten.

Lange war der Bau von Solarparks hierzulande faktisch nur auf vergleichsweise wenigen Flächen möglich, etwa neben Autobahnen und Bahntrassen, auf ehemaligen Industrieflächen und Militärarealen oder auf Äckern mit niedrigen Erträgen. Nur in diesen vom Gesetzgeber definierten Zonen erhalten die Sonnenkraftwerke staatliche Zuschüsse durch die EEG-Umlage – und diese wiederum waren lange unabdingbar, damit sich ein Solarpark lohnte. Inzwischen sind Photovoltaikmodule so billig geworden, dass manche große Solarparks auch ohne Subvention rentabel sind. Deshalb sind die Investoren nicht mehr an die engen Standortvorgaben gebunden, die sie für die EEG-Förderung erfüllen mussten. Sie können deshalb auch nach anderen Flächen für ihre Solarmodule Ausschau halten.

Zum Beispiel in Eickendorf in Sachsen-Anhalt, Magdeburger Börde. Rund tausend Einwohner hat der Ort. Und den besten Boden im ganzen Land. Hört sich großspurig an, ist seit bald hundert Jahren aber sogar amtlich bestätigt: schönste Schwarzerde,

eine mächtige Humusschicht, durch besondere geographische und klimatische Gunst im Lauf der Jahrtausende hier entstanden, fruchtbar wie keine andere.

Als die Finanzbeamten der Weimarer Republik 1925 an das Mammutwerk gingen, überall in Deutschland nach einem einheitlichen Maßstab die Bodenqualität zu ermitteln, um die von Gegend zu Gegend unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen arbeitenden Landwirte künftig fair besteuern zu können, wählten sie deshalb einen Hof in Eickendorf als ihren Musterbetrieb: das am höchsten zu steuernde Maß aller Dinge für die deutsche Landwirtschaft. An drei Stellen gruben sie Bodenprofile aus, einen Meter tief in die Erde, und gaben ihnen 100 sogenannte Bodenpunkte. An diesem Maximum hatten sich die bald danach überall im Land ausschwärmenden Bodenschätzer zu orientieren. Sie hoben rund 20 Millionen Ein-Meter-Löcher aus und verglichen den Boden jeweils mit dem Eickendorfer Muster. Die Kartierung der landwirtschaftlichen Ertragskraft, die auf diese Weise entstand, hat bis heute Bestand.

*„Muss das also gerade hier sein?“*

Auf dem Hof in Eickendorf wohnt inzwischen die Urenkelin der damaligen Eigentümer zusammen mit ihrem Mann. Doris und Joachim Werner kümmern sich dort um ein kleines Museum, sie erklären Schulklassen und anderen Besuchern, was es mit der fruchtbaren Schwarzerde und der mühseligen Bodenschätzung auf sich hat. Die drei Hektar Land, die noch zum Hof gehören, haben sie verpachtet, dort werden Zuckerrüben angebaut und Mais. Vor ein paar Monaten haben die Werners Post bekommen von einem Planungsbüro, das dort eine Photovoltaikanlage bauen will – ausgerechnet auf dem Feld mit einem der drei 1925 ausgegrabenen 100-Punkte-Bodenprofile. „Zurzeit bekommen wir 500 Euro Pacht je Hektar“, rechnet Joachim Werner vor. „Die PV-Firma bietet das Vierfache, für die nächsten 25 Jahre.“

Das sind die finanziellen Kräfteverhältnisse zurzeit: Die Energiewirtschaft ist der Landwirtschaft um Längen voraus. Wenn es nur ums Geld ginge, hätte Joachim Werner längst zusagen müssen. „Natürlich ist das reizvoll“, sagt er. „Aber wir haben Bedenken. Es gibt doch auch viele Gegenden, die nur auf 30 oder 40 Bodenpunkte kommen. Muss das also gerade hier sein?“ Es ist eine Frage mit symbolischem Gewicht: Fällt die Entscheidung in Eickendorf zugunsten der Photovoltaik, wäre von den drei Stellen, an denen 1925 Deutschlands bester Boden identifiziert wurde, nur noch eine einzige übrig. Die erste ist schon vor mehr als zwanzig Jahren im Zuge des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit plattgemacht worden. Dort verläuft jetzt die Autobahn A 14, vom alten Stolz der Landwirtschaft ist nichts mehr zu sehen.

Dem Planungsbüro habe er noch nicht geantwortet, sagt Joachim Werner, eine Nachfrage per Telefon habe er höflich abgewimmelt. Es sei ja auch noch überhaupt nicht klar, ob auf dem Ackerland des einstigen „Reichsmusterbetriebs“ tatsächlich ein Solarstromkraftwerk genehmigt würde oder nicht.

*Jagd nach Bauland beschwört Streit herauf*

Die großen Reden über die Klimawende werden zwar in der Hauptstadt gehalten. Die vielen kleinen Entscheidungen aber, damit aus der Sache etwas wird, sind draußen in der Provinz zu treffen. Und dort beschwört die Jagd nach Bauland Streit herauf, nicht nur in Eickendorf: Der Anblick von Weizenfeldern gefällt vielen besser als die

Aussicht auf dunkel glänzende Photovoltaikpaneele. Erst recht, wenn mit den Anlagen Konzerne und Großgrundbesitzer einen Reibach machen. Außerdem braucht die Menschheit nicht nur Strom, sondern auch Lebensmittel; da ist es keine schlechte Idee, wenn hier und da in Deutschland auch in Zukunft noch Getreide geerntet werden kann. Von Nord bis Süd, von West bis Ost werden deshalb zurzeit in den Amtsstuben der Regierungspräsidien, Kreise und gemeindlichen Bauämter Landkarten studiert und Flächennutzungspläne überprüft: Wo geht noch was? Welche Projekte lassen sich rasch genehmigen, welche sind zum Scheitern verurteilt, um welche lohnt es sich zu streiten?

Das Solarunternehmen, für das Patrik Danz arbeitet, ist in der Magdeburger Börde zwar nicht aktiv. Der Projektentwickler IBC Solar aus Franken ist aber ein Pionier der Branche und schon seit vier Jahrzehnten im Geschäft. Unternehmensvorstand Danz kann ein Lied davon singen, wie mannigfaltig die Widerstände sind. Klimaschutz finden die meisten wichtig, aber häufig eben nur dann, wenn er nicht gerade vor der eigenen Haustür stattfindet. Die Argumentation des Solarmanagers geht naturgemäß anders: Wenn ein durch konventionelle Landwirtschaft intensiv genutzter Acker zum Solarkraftwerk werde, dann sei das „ökologisch ein Fortschritt“, sagt Danz. Wenn unter den Solarmodulen eine naturbelassene Wiese sprieße, sei dies allemal umweltschonender als ein Feld, auf dem jahrein, jahraus Kunstdünger, Herbizide und Pestizide ausgebracht werden. Dass sein Unternehmen gesetzlich verpflichtet sei, ökologische Ausgleichsflächen für Solarparks etwa in Form von Blühwiesen zu schaffen, findet Danz unverständlich.

Das kann man aber auch ganz anders sehen. In ihrem kleinen Museum in Eickendorf hatten die Werners neulich Bodenkundler aus ganz Deutschland zu Gast. Die Fachleute begegnen der Idee, hier Solarstrom statt Getreide zu ernten, mit großer Skepsis. Effizient im Sinne des Weltklimas wäre das nach ihrer Ansicht jedenfalls nicht. Die Lebensmittel, die dann nicht mehr auf den Feldern rund um Eickendorf erzeugt würden, müssten schließlich anderswo angebaut werden, wo der Boden weniger fruchtbar ist. Für den gleichen Ertrag wäre dann unterm Strich mehr Fläche nötig.

Der Weltklimarat IPCC der Vereinten Nationen geht davon aus, dass bei einer Ausdehnung der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf der Welt die Emissionen um 1000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente je Hektar steigen. „In der Magdeburger Börde werden bis zu 8,5 Tonnen Weizen je Hektar erzielt, im weltweiten Durchschnitt sind es nur 3,5 Tonnen je Hektar“, sagt dazu Christian Ahl, der Geschäftsführer der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft.

### *Schlüsselrolle der Kommunalpolitik*

Beim Bürgermeister der Gemeinde, zu der Eickendorf gehört, liegen derweil nichtsdestoweniger sogar schon vier Anträge für neue Photovoltaikanlagen. „Eigentlich sind wir ein friedliebendes Völkchen“, sagt Bernd Nimmich. „Aber als wir den ersten dieser Anträge öffentlich diskutiert haben, ging es gleich so heftig zur Sache, dass wir mit den drei anderen lieber erst mal abwarten.“ Auf rund 155 Hektar haben es die Solar-Investoren in Nimmichs Gemeinde abgesehen, die Fläche entspricht mehr als 200 Fußballfeldern. Bislang wird sie komplett landwirtschaftlich genutzt; kein Wunder bei bis zu hundert Bodenpunkten.

„Auf der einen Seite verstehe ich die Landbesitzer, die ihr Eigentum gern gewinnbringend nutzen wollen“, sagt Nimmich, ein Sozialdemokrat. „Viel lieber würde ich aber eine frühere Kiesgrube und verlassene Schrebergärten für die Stromerzeugung ausweisen.“ Nur dass diese Flächen viel kleiner sind als das, was sich die Investoren erhoffen. Außerdem gibt der Landesentwicklungsplan in der Magdeburger Börde der Landwirtschaft generell Vorrang. Auch deshalb liegen alle Ausbauvorhaben rund um Eickendorf aktuell auf Eis. Nimmich sagt: „Wenn wir allem lokalen Widerstand zum Trotz jetzt schon eine neue Bauleitplanung für Solarparks machen würden, hätte sie vor der nächsthöheren Instanz vielleicht keinen Bestand.“

Die Kommunalpolitik hat eine Schlüsselrolle im Ringen um den Ausbau der erneuerbaren Energie. „Wenn der Bürgermeister nicht will, haben wir meistens keine Chance, dann hilft es auch nicht, dass die Grundstücksbesitzer wollen“, sagt Patrik Danz von IBC Solar. Auch eine finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen aus den Solaranlagen sei kein Allheilmittel. Manche Orte seien schlicht nicht auf das Geld angewiesen.

Es liegt nicht nur an der fruchtbaren Schwarzerde und der zweifelhaften Ästhetik der Solarkraftwerke, dass sich im Gemeinderat von Bürgermeister Nimmich Widerstand gegen die Ausbaupläne formiert. Hinzu kommt, dass auf der Gemarkung der Gemeinde schon rund vierzig Windkraft- und drei Biogasanlagen stehen, dazu eine Photovoltaikanlage, die sich mit fünf Hektar Fläche im Vergleich mit den neuen Plänen freilich geradezu bescheiden ausnimmt. Nimmich überschlägt, dass in seiner Gemeinde heute schon siebenmal so viel Strom erzeugt werden kann, wie sie selbst verbraucht.

Außerdem soll auch noch die Übertragungsleitung Südlink eines Tages von Nord nach Süd längs durchs Bördeland führen. Diese sogenannte Stromautobahn ist nötig, damit grüner Strom aus dem Norden zu den Fabriken im Süden fließen kann. Den Landwirten in der Gegend ist sie aber ein Dorn im Auge, gerade weil sie unter der Erde verlegt werden soll. Sie fürchten, dass die Erdleitung den Boden erwärmt und damit den Ackerbau schwieriger macht.

*Welche Lösung gibt es für den Konflikt ums Land?*

„Hier haben viele den Eindruck, dass wir unseren Beitrag fürs Klima schon geleistet haben, dass aber einfach kein Ende in Sicht ist mit den Belastungen“, beschreibt Bernd Nimmich, wie er die Stimmung in der Bevölkerung wahrnimmt. Die Solarstrominvestoren werben zwar damit, berichtet der Bürgermeister, dass sich zusätzliche Photovoltaikanlagen auch für die Gemeindekasse auszahlen werden. „Es heißt, wir sollten 0,2 Cent je Kilowattstunde bekommen.“ Er aber sei aus Erfahrung misstrauisch. „Bei unseren Windkraftanlagen sehen wir, dass deutlich weniger Gewerbesteuer bei uns ankommt, als einmal versprochen wurde. Da gibt es viele Tricks, um das Steueraufkommen zu senken.“

Wie lässt sich der Konflikt ums Land lösen? Carsten Körnig, der Geschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft und damit der oberste Lobbyist der Sonnenstrombranche, ist erkennbar um Deeskalation bemüht. „Wir brauchen mehr Flächen für die Solarparks. Aber wir haben nie gefordert, dass die besten deutschen

Landwirtschaftsflächen für EEG-geförderte Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden sollen“, sagt er. Er könne die Ängste von Bauern nachvollziehen, die auf gepachtetem Land wirtschafteten und nun befürchteten, von Solarinvestoren verdrängt zu werden, die mehr Geld bieten. „Das muss man ernst nehmen“, sagt König.

Denkbar sei eine Bestandsschutz-Garantie für Flächen, die bereits an Landwirte verpachtet seien. Man suche den Ausgleich sowohl mit den Landwirten als auch mit Naturschützern und Bürgern, die sich um das Landschaftsbild sorgten, beteuert König. Die Chancen dafür stünden gar nicht so schlecht. Ein von einer Hecke umsäumter Solarpark sei für viele allemal akzeptabler als hundert Meter hohe Windkraft-Türme.